



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/XI/143 - 25.6.1956

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 21831-33
Fernschreiber 0 636 290

Ein Wochenende der Tagungen:	
Fulda	S. 1
Bochum	S. 5
Essen	S. 6
Um die Zukunft der NATO	S. 3
Deutsche, die in der Sowjetunion leben	S. 7

BHE sucht inneren Ausgleich

K.N. Der Bundesparteitag des BHE hat mit der Wiederwahl des niedersächsischen Ministers von Kessel zum Bundesvorsitzenden der Partei den Rat derjenigen befolgt, die dem BHE ein weiteres Jahr der inneren Konsolidierung empfohlen hatten. In Fulda war deutlich das Bestreben fühlbar, in dem entscheidenden Zeitabschnitt vor der nächsten Bundestagswahl keine unnötigen Spannungen aufkommen zu lassen. Noch auf dem Landesparteitag in Dortmund mag die Absicht bestanden haben, den Bundestagsabgeordneten Seiboth als Gegenkandidaten für den Vorsitz zu nominieren. In der geschlossenen Sitzung des Bundesausschusses wurde dann Einigkeit darüber erzielt, dass um des inneren und äusseren Friedens willen auf eine Gegenkandidatur verzichtet werden sollte.

Dass die Delegierten, bei aller Disziplin, diesen Kompromiss mit gemischten Gefühlen aufnahmen, beweist das Abstimmungsergebnis. Von Kessel erhielt nur 64 von den abgegebenen 111 Stimmen. Aber auch Seiboth, für den man ein wesentlich besseres Ergebnis prophezeit hatte, musste sich bei der Wahl zum stellvertretenden Vorsitzenden mit 78 Stimmen begnügen. Die klare Entscheidung, auch im Hinblick auf das kommende Jahr, blieb also aus.

Die Gründe für diese abwartende Haltung, die auch bei den Sachberatungen immer wieder zu spüren waren, liegen auf der Hand. Dem BHE, der in den Ländern in den verschiedenen Koalitionen vertreten ist, fällt es naturgemäss nicht leicht, in der Politik der Gesamtpartei eine allzu eindeutige Entscheidung nach der einen oder anderen Seite vorzunehmen. Dabei kamen die verschiedenen Strömungen bei der allgemeinen

Aussprache durchaus zum Vorschein. Einer der Delegierten aus Nordrhein-Westfalen forderte einen Kurs, der auf die Bildung einer "Koalition der aktiven Wiedervereinigungspolitik" im Jahre 1957 abgestellt sein sollte. Landesminister Asbach gab dagegen die Parole aus, dass es kein Anlehnungsbedürfnis nach rechts oder links geben dürfte.

Dass es, je näher die Bundestagswahlen rücken, in diesem Punkt noch zu lebhaften Auseinandersetzungen kommen wird, scheint man aus den Kulissengesprächen entnehmen zu können. Auch an Verlockungen wird es nicht fehlen. Der Bundesvorsitzende von Kessel wies bereits sehr diskret darauf hin, dass man von Seiten der CDU in letzter Zeit "grosse Angebote" für den Fall einer Rückkehr in die Koalition gemacht habe. Kann man diesen Hinweis als Aufforderung zur Vergrösserung der Angebote ansehen? Man weiss, dass Kessel wegen seiner Fühlungnahme mit der CDU scharf kritisiert worden ist. Andererseits weiss man aber auch, wie lebenswichtig möglicherweise drei zur Verfügung gestellte Direktmandate sein könnten, falls die fünf Prozent nicht ganz erreicht werden.

Aber vielleicht werden sich diese Überlegungen von selbst erledigen. Denn man muss dem BHE bescheinigen, dass er aufrichtig bemüht war, ein eigenes wirkungsvolles Programm mit einigen nicht uninteressanten Schwerpunkten aufzustellen. So wäre es sicher ein Gewinn, wenn es gerade dem BHE gelingen könnte, einen von Ressentiments freien Beitrag zur Ostpolitik zu liefern. Auch auf dem Gebiet der inkerdeutschen Wiedervereinigungspolitik liesse sich ein eigener Beitrag von Seiten dieser Partei denken.

Und hier dürfte der eigentliche Schlüssel für 1957 liegen. Einer der Delegierten meinte in einem Gespräch, man solle lieber um eine eigene klare Wiedervereinigungskonzeption bemüht sein, statt mit geschenkten Direktmandaten zu liebäugeln. Dann werde man auch nicht um die notwendige Stimmzahl besorgt zu sein brauchen.

Die Weisen sind keine Wundermänner

b.v. Paris, Ende Juni

In der vorigen Woche berieten in Paris die Männer, die den verpflichtenden Spitznamen "Die drei Weisen" erhalten haben, über die Zukunft der Nordatlantik-Organisation (NATO). Die drei sollen bekanntlich Vorschläge für eine neue Konstruktion der NATO ausarbeiten. Die Vorschläge sollen dann im Herbst dem Ministerrat der 15 NATO-Staaten, der sich noch vor Jahresende zu einer Sitzung in Paris zusammenfindet, vorgelegt werden. Vorher werden die "drei Weisen" mit dem Ständigen Rat der NATO - das sind die NATO-Botschafter der 15 Länder - in Fühlung bleiben und werden ferner den Regierungen Fragebogen zugehen lassen. Denn bisher haben sie herausgefunden, dass die Regierungen der Mitgliedsstaaten sehr divergierende Auffassungen über die geplante Neuorganisation haben. Sie wissen ferner nicht, wie man zwei ganz entgegengesetzte Vorgänge auf einen gemeinsamen Nenner bringen soll, nämlich den Wunsch nach Abrüstung bei der einen und den nach Aufrüstung bei einer anderen Seite.

Auch haben sie herausgefunden, dass die Gründe, die von den Abrüstungsfreudigen angeführt werden, differieren. Die einen trauen dem russischen "new look" nicht. Die anderen sagen, die russische Demobilisierung von 1,2 Millionen Mann sei eine Irreführung, da die Sowjetunion militärisch immer noch stärker bleibe als der Westblock. Die dritten meinen, auf die Zahl der Soldaten komme es nicht an. Die Vierten sind für eine Umformung der NATO, nicht aber für eine Verringerung ihrer militärischen Kraft. Und ein Mitglied sieht in der Sowjetunion den Erzfeind und rüstet daher auf.

Niemand kann unter solchen Umständen von den drei Weisen erwarten, dass sie Vorschläge ausarbeiten, die auch nur halbwegs Aussicht auf Annahme durch die 15 Regierungen haben. Dazu kommt, dass bekanntlich im grössten und weitaus mächtigsten NATO-Staat die Auffassungen der Maßgebenden anscheinend weit von einander abweichen, nämlich in den USA. Niemand kann heute noch behaupten, dass Präsident Eisenhowers Auffassungen noch denen seines Aussenministers Dulles entsprechen, und jedermann weiss, dass hinsichtlich der Ost-Westpolitik in Washington die Meinungen auch innerhalb der beiden politischen Parteien weit von einander abweichen.

Solange die NATO bleibt, was sie bisher war, nämlich eine auf - 4 -

gemeinsame militärische Planungen ausgerichtete Organisation, ist alles klar. Sogar der Abzug der französischen Divisionen aus Europa und ihr Einsatz in Nordafrika lässt sich rechtfertigen, denn Algerien gehört zum Verteidigungsbereich der NATO. Auch die deutsche Aufrüstung lässt sich vom NATO-Standpunkt aus rechtfertigen, denn eine militärische Organisation muss über jeden Kräftezuwachs erfreut sein - auch wenn seine einzelnen Mitglieder darüber vielleicht gar nicht so erfreut sind wie es sich gehört. In dem Augenblick aber, da man sich entschliesst, aus der militärischen Einrichtung eine hauptsächlich politisch wirksame zu formen, ändert sich das Bild grundsätzlich.

Reformen an Haupt und Gliedern?

Die drei Weisen wurden nicht zufällig ausgewählt. Es wurde nicht gelost. Vielmehr sind alle drei Minister - im Gegensatz zu manchen ihrer Kollegen - davon überzeugt, dass die NATO in ihrer bisherigen Form der Wandlung nicht mehr entspricht, der die Weltpolitik in jüngster Zeit unterworfen war. Alle drei sind davon durchdrungen, dass Reformen nötig sind an Haupt und Gliedern. Alle drei sind an ihre Aufgabe mit Begeisterung und Schwung herangegangen. Alle drei sind erfahrene Politiker. Doch sie sind keine Wundermänner. Wo sie hinsehen, erblicken sie Hindernisse.

Da ist Frankreich, dessen Außenminister Pineau predigt, es komme nicht auf Moskaus Absichten an, sondern auf seine Taten. Da ist Amerikas Außenminister Dulles, der etwa das Gegenteil sagt. Da ist Grossbritannien, das seine Streitkräfte verringern und ein Berufsheer aufstellen will. Da ist der deutsche Bundeskanzler, der den Skeptizismus seines Freundes Dulles noch um einige Grade übertrifft und im Gegensatz zu England aufrüstet. Da ist Frankreich, das meint, einen Teil seines Geldes in Atombomben anzulegen (wenigstens raten ihm seine Senatoren dazu), und da ist Belgien, das vor solchen Absichten warnt. Da ist - nochmals - Frankreich, das keine Lust verspürt, die vor einiger Zeit entdeckten nordafrikanischen Öl- und Erzvorkommen einfach herzuschenken, und da sind die USA, die mehr oder weniger deutlich ausdrücken, Frankreich werde diese Gebiete doch verlieren (woraufhin amerikanische Firmen angeblich bereits die nötigen Vorbereitungen getroffen haben).

Unter solchen Umständen darf man voll Spannung darauf warten, was in den Fragebogen stehen wird, die von den drei Weisen verschickt - 5 -

werden sollen. Und man darf gespannt darauf sein, wie gegensätzlich die Mitgliedstaaten diese Fragen beantworten werden. Aber auch die schönsten Fragebogen können eines nicht erreichen, nämlich aus Befürwortern der Unbeweglichkeit, anpassungsfähige Politiker zu machen.

* * *

Der Volkstribun und seine Manager

-tt- "Wir sind die einzige liberale Partei in der Bundesrepublik!" Dieses selbstgezimmete Dogma ist der Weltanschauungs-Kern der "Freien Volks-Partei", die am Wochenende in Bochum ihren, zuerst von Bundeskanzler Adenauer angekündigten Gründungsparteitag abhielt. Um diesen Kern haben die Preusker, Blücher, Schäfer usw. ein vielfarbiges Kräuel von Thesen gewickelt, die, in keinem einzigen Fall neu und originär, in ihrer Mehrheit das Vorzeichen "anti" tragen.

Die Rede des ersten Parteivorsitzenden, Dr. Victor-Emanuel Preusker, die jetzt eine von Vizekanzler Blücher geleitete Kommission zu einem Parteiprogramm verdichten soll, bestand zu ihrer guten Hälfte aus scharfen Angriffen gegen die SPD, gegen die Gewerkschaften, gegen die FDP und gegen den BHE, ja sogar, um das liberale Gesicht zu wahren, gelegentlich auch gegen die CDU, der man sich im übrigen vor allem auf aussenpolitischem Gebiet innig verbunden weiss. Dann verkündete Preusker eine aussenpolitische Konzeption, die ihren Bogen von der forcierten "Politik der Wachsamkeit" (Blücher: "Wenn die CDU jemals weich werden sollte, dann wird die FVP die Verantwortung für diese "Erweichung" nicht mittragen!") bis zu Wiedervereinigungsverhandlungen mit Moskau, kollektivem Sicherheitspakt und sogar Neutralität erstreckte. Dieser zusammengebastelten Aussenpolitik folgte ein patriotisches Zwischenstück und dann wurde das Ragout abgeschlossen mit dem innenpolitischen Postulat nach der Schaffung einer "neuen Ordnung der sozialen Partnerschaft im autoritären freien Volkstaat Deutschland."

Das war das Vordergründige am Bochumer Gründungsparteitag, wozu freilich noch das von Preusker - in Erscheinung, Gestik und Rhetorik der geborene Volkstribun - vorgetragene Bekenntnis zu Vaterland, Treue, Ehre, Pflichterfüllung, Demut und Liebe zum Volk hinzukam. Mit rollendem Pathos wurden die Erinnerungen an Kant, Goethe, Schiller, Friedrich den Großen und Bismarck beschworen.

Keine Frage, dass Victor-Emanuel Preusker, Jahrgang 1913, heute

der tatsächliche Boss dieser "Freien Volks-Partei" ist. Seine Mit-"Rebel-
len" wurden zur blossen Staffage, wie Franz Blücher und Dr. Schäfer,
oder sie traten zunächst selbst in den Hintergrund, wie August-Martin
Euler, dessen brennenden Ehrgeiz Preusker allerdings sehr genau in
Rechnung stellen muss. Das bewiesen der starke Beifall für den "ersten
Mann der Anti-Dehler-Rebellion" genau so wie die 40 hessischen Stimment-
haltungen bei der Überraschungswahl des Bremer Rechtsanwalts Entholt
zum stellvertretenden Vorsitzenden. Aber heute und morgen beherrscht
Preusker "sein Parteivolk", und mit ihm die jungen Männer, die in den
Vorstand gewählt wurden. Ist er der Kapitän dieses jüngsten Partei-
schiffes, so ist sein Steuermann der neue Bundesgeschäftsführer, dessen
Namen in Bochum kaum genannt wurde, der aber von Anfang an, auffällig-
unauffällig leitend und lenkend, am Vorstandssitz sass: Dr. Derichs-
weiler, ehemals als Vorgänger Baldur von Schirachs Reichsstudentenfüh-
rer und heute, nach zwischenzeitiger Tätigkeit in der Deutschen Partei
und in der FDP, im Besitz des vierten Parteibuches. Der zweite Spitzen-
funktionär im Preusker-Clan ist der Bundesschatzmeister Sturm (Bonn),
der die Parteigelder verwaltet, über deren Herkunft Preusker lächelnd
schwieg. Ein einflussreicher Mann der Förderergesellschaft hielt sich
während des Gründungsparteitages taktvoll im Hintergrund.

Die Männer, die mit Preusker zusammen wirklich die FVP leiten,
haben nicht nur eine gehörige Portion Aktivität und Energie, sie haben
nicht nur das Geld, sie haben auch ein handfestes Instrument: die durch
Zuruf einstimmig angenommene "vorläufige" Parteisatzung, die an zen-
tralistischer Ausrichtung und Autorität für den Vorstand nichts zu wün-
schen übrig lässt. Dieser Vorstand entscheidet nicht nur über die Mit-
gliederaufnahme, er hat auch das Recht, alle Untergliederungen "zur
Einhaltung eindeutiger Parteibeschlüsse anzukalten" und sie widrigen-
falls aufzulösen. Ein schüchternen Vorstoss, der diese Bestimmung als
"zu wenig demokratisch" abändern wollte, brach schon im Anlauf zusam-
men, als Blücher erklärte, er wisse aus eigener Erfahrung ein Lied
davon zu singen, dass der alte FDP-Vorstand mit dem Greis geglicher
habe, der sich nicht zu helfen wisse. Der Preusker-Derichsweiler-Vor-
stand der FVP will kein solcher Greis sein: nach der Satzung regelt
er sogar von Bonn aus Anstellung und Entlassung der Geschäftsführer
der Landes- und Bezirksverbände. Preusker und seine Manager haben alle
Parteimacht fest in den Händen.

Was werden sie mit dieser Macht anfangen? Preusker hat die Marsch-
richtung in aller wünschenswerten Deutlichkeit befohlen. Blücher - 7 -

fand dafür in überquellender Formulierfreudigkeit die Bezeichnung "Heilgehilfe der ODU". Ob das langt? August-Martin Euler hatte ganz bestimmt recht, als er sagte, eine Partei wachse nicht wie Gras. Ob aber dieses Gras nicht über die Partei wächst?

* * *

Heimkehreraktion und "zurückgehaltene Personen"

Kf. Der deutsche Botschafter in Moskau hat bei der Sowjetregierung dagegen protestiert, dass auf dem extraterritorialem Gelände der (noch nicht ganz fertiggestellten) Botschaft zwei Männer verhaftet worden sind, die ein Anliegen vorbringen wollten. Das deutsche Personal verstand nur noch den Ruf "Helfen Sie uns!" Ein schlimmer Vorfall, der wieder einmal so recht zeigt, wie fragwürdig so manches heute noch in unseren Beziehungen zu Moskau ist.

Vermutlich hat es sich bei den verhinderten Besuchern um zwangsangesiedelte Deutsche gehandelt: bei der Botschaft gehen nämlich täglich Dutzende von Gesuchen ein, in denen um Unterstützung bei Repatriierungsanträgen gebeten wird. Wieviele "zurückgehaltene Deutsche" gibt es noch in der Sowjetunion? Nach sowjetischer Lesart natürlich keine. Man spricht von Sowjetbürgern, die vielleicht früher einmal die deutsche Staatsbürgerschaft hatten, und meint damit Ostpreussen, Memelländer usw. - und wohl auch einige nach 1945 aus der Sowjetzone zwangsweise importierte Facharbeiter. Die Skala der Zurückgehaltenen ist weit.

Bei der Wochenendtagung des Deutschen Roten Kreuzes ist auch diese Frage angeschnitten worden. Zwar konnte Präsident Weitz mitteilen, dass die Heimkehreraktion abgeschlossen sei (in sowjetischen Gefängnissen und Lagern befinden sich nur noch 165 Deutsche, deren Staatsbürgerschaft angeblich noch überprüft werden muss), jedoch sprach er auch von den vielen, nicht in den Suchlisten des DRK stehenden, "zurückgehaltenen Personen", die als sogenannte freie Arbeiter leben. Nach sowjetischer Versicherung dürfen alle heute in der SU lebenden Deutschen ihre Ausreise beantragen. Davon sind allerdings alle jene ausgeklammert, die im Laufe der Jahre mehr oder weniger gegen ihren Willen zu Sowjetbürgern gemacht worden sind. So erfreulich also die Mitteilung von der beendeten Heimkehreraktion sein mag - die andere Frage bleibt ungelöst. Es muss nun die Aufgabe des deutschen Botschafters sein, sie, so schwierig

sie ist, mit der Sowjetregierung bis in die Einzelheiten abzuklären. Das DRK kann nur helfen und vermitteln. Mehr kann es auch als öffentlich-rechtliche Körperschaft nicht.

In diesem Zusammenhang muss auch an jene Deutschen erinnert werden, die in der Sowjetzone von sowjetischen Militärgerichten verurteilt worden sind und unter Pankow's Regie hohe und höchste Strafen verbüssen. Die Mitteilung der Sowjetzonenregierung, dass bis zum 19. Juni 3 306 Kriegsverurteilte entlassen worden seien, bedeutet nämlich nicht die Lösung des Problems: noch immer sitzen ungezählte "Tribunalverurteilte" in den mitteldeutschen Gefängnissen, die zu Unrecht als "Spione" und "Agenten" angeklagt worden waren. Es ist ein Unding, sich damit vielleicht abzufinden, diese Menschen belasteten eben das Gefangenen-Konto Pankows und man könne für sie bei den Sowjets nicht mehr intervenieren. Bisher ist es im Völkerrecht immer noch so gewesen, dass der Staat, der Gefangene gemacht und verurteilt hat, sie einmal freilassen muss. Auch das wäre eine Aufgabe für Botschafter Haas.

Einen anderen Weg muss sich die Bundesregierung freilich ausdenken, um etwas Entscheidendes für die vielen Tausende von Pankow verurteilten politischen Häftlinge zu tun, die noch nicht entlassen worden sind. Die Erklärung der Sowjetzonenregierung, sie habe bis jetzt 19 000 Häftlinge amnestiert, besagt sehr wenig. Die Mitteilung wird dadurch stark entwertet, dass die Amnestiertenzahl offenbar einen Zeitraum von gut zehn Jahren umfasst und alle Kriminellen einschliesst.

* * *

Die Sorgen der Städte

F.S. Essen

Der Deutsche Städtetag zog auf seiner 9. Hauptversammlung in Essen gewissermassen eine soziale Bilanz. Die 900 Bürgermeister, Ratsherren und Stadträte liessen es aber dabei nicht bewenden. Sie zeigten auch recht deutlich die Wege auf, die zur Lösung der sozialen Probleme gegangen werden sollten.

Es war mehr als bezeichnend, dass die Städte sich einmütig gegen den Vorwurf wehrten, die Schuld an einer angeblichen Überhitzung der Konjunktur zu tragen. Diese Einmütigkeit in der Abwehr gegen den aus den Reihen der Bundesregierung wie der Wirtschaft erhobenen Vorwurf - 9 -

wurde vor allem dadurch unterstrichen, dass es Adenauer junior war, Kölns Oberstadtdirektor, der die Debatte hierzu eröffnete. Wenn Adenauer jun. jedoch ein wirklicher Streiter für die Rechte und Belange der Städte ist, dann müsste er seinem Vater, dem Bundeskanzler erklären, dass seine Politik den Städten noch andere Sorgen bereitet. Aber nicht nur das, er müsste ihm auch erzählen, dass der Städtetag beifällig anerkannte, dass der sozialdemokratische nordrhein-westfälische Ministerpräsident Fritz Steinhoff, in den Augen Adenauers der böse Mann, der Arnold ablöste, den Belangen der Gemeinden besonderes Verständnis entgegenbrachte und als Ministerpräsident dasselbe tat, was er als Oberbürgermeister gefordert hatte. Vielleicht findet der Bundeskanzler dann zu dem Schluss, dass er, der ja auch einmal Oberbürgermeister war, heute anders handelt als er früher forderte - und deshalb die Städte soviel Sorgen haben.

Wie sehr die Sorgen der Städte aber gleichzeitig die Nöte ihrer Bürger sind, wurde auf der Essener Tagung mehrfach deutlich. Um das Wohl von fünf Personengruppen wurde eindringlich diskutiert: die Alten, die Kranken, die Jugendlichen, die Lastenausgleichsberechtigten und die Sowjetzonenflüchtlinge. Die Städte wissen, woran es diesen Menschen fehlt. Sie können nur vielfach nicht helfen, weil ihnen die Mittel, Möglichkeiten und Rechte fehlen. Deshalb ist es verständlich, wenn sich in Essen die Kommunen dagegen wehrten, der Prügelknabe für die Sünden und Versäumnisse des Bundes und einiger Länder sein zu müssen. Die Städte kennen ihre Pflichten - nicht nur im eigenen Rahmen, sondern auch Gesamtdeutschland gegenüber. Der Appell an die Öffentlichkeit, endlich zu erkennen, "dass die Flüchtlinge aus der Sowjetzone Deutsche sind, und dass sie einen wesentlichen Faktor im fortschreitenden Aufbau der Wirtschaft und des Staates darstellen", sollte deshalb besonders bei der Regierung und der Wirtschaft gehört werden.

Es war eines der wichtigsten Merkmale dieses Städtetages, der so geräuschlos vorüber ging und auch tadellos organisiert war, dass die Repräsentanten der Städte die Schuld für Fehlentwicklungen nicht bedenkenlos anderen in die Schuhe schieben. Das wäre heute gar nicht mehr verwundbarlich, wo sogar der Bundeskanzler die Hausfrauen dafür verantwortlich macht, dass die Preise steigen. Dieser billigen Methoden bediente man sich jedoch nicht. Deshalb war das, was in Essen beschlossen wurde, nicht gerade sensationell. Auf elf Schreibmaschinenseiten wurden alle Probleme und Vorschläge aufgezählt. Sie umfassen von der vielsagenden Forderung und Selbsterkenntnis, dass es Stadt und Gemeinden ehrlich mit der Jugend meinen müssten, alle Lebensbereiche bis hin zu den Alten und Kranken. Dabei wird auch deutlich, dass die jetzt im Bundestag anstehende Reform der sozialen Leistungen nicht die in der Regierungserklärung einmal versprochene, aber nie eingelöste "umfassende Sozialreform" ersetzen kann. Kurzum, das, was in Essen festgestellt wurde, beweist, dass die soziale Frage Thema 1 der Innenpolitik ist und bleiben muss.

* * *

Verantwortlich: Peter Raunau